

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

27.11.1925 (No. 276)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstr. 14.
Karlstr. 14.
Karlstr. 14.
Karlstr. 14.
Karlstr. 14.
Karlstr. 14.
Karlstr. 14.
Karlstr. 14.
Karlstr. 14.
Karlstr. 14.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger
Chefredakteur
C. Amend
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 2.— Geldmark einschließlich Zustelgebühren. — Einzelnummer 10 Geldpfennig. — Samstag 15 Geldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Geldpfennig für 1 mm Höhe und ein Sechstel Breite. — Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Rosenzweig gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. — Anträge auf Abrechnung der Abrechnung der Redaktion, sowie auf Abrechnung der Abrechnung der Redaktion, sind an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Karlstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. — Bei Klagerrechnung, zwangsweiser Zeichnung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. — Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in vermindertem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Druckausgaben und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralbandbestellstelle für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die Wahl der neuen badischen Regierung

Die neue badische Regierung

wird sich in der kommenden Woche dem Landtag mit ihren programmatischen Erklärungen vorstellen, und daran wird sich eine politische Aussprache knüpfen. Zweifellos wird von dem Verlauf dieser Aussprache die Beantwortung der Frage, ob schon in Wälde der deutlich als Provisorium gekennzeichnete Zustand der Zweiparteienkoalition geändert werden soll, sehr wesentlich beeinflusst werden.

Die Wahl der neuen Regierung vollzog sich vorgestern in aller Geschäftsmäßigkeit und Ruhe. Der Staatspräsident, die Minister und Staatsräte wurden von den Abgeordneten des Zentrums und der Sozialdemokratie gewählt, ohne daß dabei sich irgendwie Bemerkenswertes ereignet hätte. Die sämtlichen übrigen Parteien enthielten sich der Stimme. Auch von ihnen wurden keine Erklärungen abgegeben, die eine Debatte hätten heraufbeschwören können.

Selbstverständlich wird es bei der politischen Aussprache in der nächsten Woche nicht ganz so ruhig zugehen, zumal Anfragen vorliegen, die von der neuen Regierung nicht ohne Unterbrechung ganz bestimmter politischer Ansichten beantwortet werden können. Von besonderem Interesse ist jedoch die Frage, wie und in welcher Tonart die Redner der Deutschdemokraten und der Deutschen Volkspartei sprechen werden. Auf diese Reden wird es wohl in erster Linie ankommen. Sie können so ausfallen, daß der Weg zu einer Erweiterung der jetzigen Koalition durchaus offen bleibt; dabei brauchten Opfer in der Bekundung sachlicher Überzeugung gewiß nicht gebracht zu werden. Sie können aber auch so ausfallen, daß die Regierung zu entschiedenen Antworten gezwungen wird; und es wäre denkbar, daß sich aus einer solchen Debatte Verstimmungen ergeben könnten, die eine Erweiterung der Koalition behindern.

Soweit wir die Verlaufsbearbeitungen der parteipolitischen Presse in den letzten Tagen verfolgen konnten, ist von demokratischer und deutschvolksparteilicher Seite wohl eher eine maßvolle Tonart zu erwarten. Die Deutsche Volkspartei Badens hat sich ja inzwischen von neuem zur Bildung der Großen Koalition bereit erklärt, und auch die Deutschdemokraten haben erkennen lassen, daß sie keineswegs die Absicht haben, durch eine scharfe Oppositionsstellung neue Kombinationen unmöglich zu machen. Den Artikeln des demokratischen „Heidelberger Tageblatts“ — es ist das die Zeitung, welche die bisherige Koalition ein „unbilliges Verhältnis“ nannte — sollte man dabei nur genau die Beachtung schenken, die ihr zukommt. Man weiß ja, daß die Redaktion des „Heidelberger Tageblatts“ sich gerne Extratouren gestattet, die wohl auch im Lager der eigenen Partei nicht immer angenehm auffallen, und man braucht sich deshalb über solche Seitensprünge nicht zu sehr aufzuregen.

Von unserem Leitartikel „Die Lösung der badischen Koalitionsfrage“ in der Mittwochnummer hat die „Neue Badische Landeszeitung“ in einer Form Notiz genommen, die dem Grundgedanken dieses Leitartikels entspricht. Dagegen haben einzelne deutschvolksparteiliche Blätter gemeint, unsere Ausführungen etwas spöttisch kommentieren zu sollen. Wahrscheinlich wird diese Behandlungsmethode den betreffenden Artikelschreibern selbst viel Vergnügen gemacht haben. Ob sie im Sinne vernünftiger badischer Koalitionspolitik zweckdienlich ist, das ist eine andere Frage.

Das Zentrum hat in seiner letzten offiziellen Erklärung betont, daß es auch heute noch grundsätzlich die Große Koalition für erstrebenswert halte, und das deutschvolksparteiliche Blatt, das kurz nach den Wahlen die politische Welt Badens mit dem Vorschlag der Erziehung einer Koalition der bürgerlichen Mitte überlastete, jetzt sich neuerdings mit beachtenswerter Verweigerung für die Idee der Großen Koalition ein. Was die Sozialdemokraten anlangt, so weiß man ja, daß die Parteimitglieder sich nur recht schwer an den Gedanken eines Zusammengehens mit der Deutschen Volkspartei gewöhnen können.

Aus alledem erzieht man, wie wichtig die politische Aussprache der kommenden Woche gerade im Hinblick auf die badische Koalitionspolitik sein wird. Dringend zu wünschen wäre es unter allen Umständen, daß die Fraktionen der Demokraten und der Deutsch-Volksparteiler sich in ihren Beratungen auf eine ganz bestimmte, klare politische Linie festlegen, und ihre Sprecher oder Führer fest bei dieser Linie bleiben. Nichts kann Koalitionsverhandlungen mehr verwirren, als wenn über die Absichten einer Fraktion nicht genügende Klarheit besteht. Dabei ist es aber notwendig, daß die wahren Absichten in den Reden und Presseäußerungen auch ihren wahrhaft adäquaten Ausdruck finden. Es wäre eine ungeschickte Politik, wenn eine Partei ein ganz bestimmtes Ziel erreichen will, durch ihr Auftreten in der Praxis aber die Erreichung eines solchen Ziels einfach unmöglich macht. Es ist, um ein Beispiel aus der letzten Zeit zu nehmen, sicherlich unangebracht, die Große Koalition zu wollen und gleichzeitig Beschlüsse zu fassen, die von den Parteien, mit denen man zusammenarbeiten will, als Brückierungen empfunden werden müssen. Die Absichten lassen sich schließlich, da man in die Seele des Menschen nicht hineinschauen kann, nur aus seinen Handlungen und Worten erkennen. Wir sind gespannt, welches die Erkenntnisse sein werden, die die politische Aussprache der kommenden Woche bringt.

Badischer Landtag

(Abendklausur)

D. J. Karlsruhe, 26. Nov.

Im Hinblick auf den wichtigen Punkt der Tagesordnung — Wahl der Staatsregierung

— sind die Zuhörer-Reibünen dicht besetzt. Auch die Abgeordneten sind fast vollständig erschienen. Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen nimmt Präsident Dr. Baumgartner das Wort zu folgender Ansprache:

Nach § 39 der bad. Verfassung beruft der badische Landtag nach jeder Neuwahl des Hauses die Mitglieder des Staatsministeriums. Die Amtsdauer der bisherigen Staatsregierung ist damit abgelaufen. Bevor wir in die uns obliegende Neuwahl der Mitglieder der Staatsregierung eintreten, will ich einer Pflicht der Dankbarkeit entsprechen. Die in der hinter uns liegenden 4jährigen Landtagsperiode amtierenden Mitglieder der Regierung haben in treuer Hingabe an unser Volk und Land in gewissenhafter und aufopfernder Pflichterfüllung sich um die Förderung des Staatswohles ein bleibendes Verdienst erworben. Ich habe am Ende jeder Sitzungsperiode Gelegenheit genommen, den abtretenden Herren Staatspräsidenten dem Dank und der Anerkennung der bad. Volksvertretung Ausdruck zu geben. Dem in der letzten Sitzungsperiode amtierenden Herrn Staatspräsidenten Dr. Hellpach, dessen Amt mit der nachher zu tätigen Neuwahl abgelaufen ist, spreche ich namens des bad. Volkes wärmsten Dank aus für seine im Dienst von Volk und Vaterland geleistete und erprobte erfolgreiche Arbeit. Seine Sorge und Tätigkeit, wie die der übrigen Mitglieder der Regierung, galten unserem badischen Staate, den gemäß Reichs- und Landesverfassung zu fördern sie allezeit bestrebt waren. Dafür wird ihm und den anderen Mitgliedern der Staatsregierung Badens Volk stets dankbar sein.

Darauf gibt der Präsident die Vorschriften der Verfassung und Geschäftsordnung zur Wahl der Minister, des Staatspräsidenten und der Staatsräte bekannt.

Vor Eintritt in den Wahlakt, der durch Stimmzettel erfolgt, erklärt

Abg. Dr. Mattes für die Fraktion der Deutschen Volkspartei: Wir sind nicht in der Lage, einer Regierung in der geplanten Zusammensetzung Vertrauen entgegenzubringen und enthalten uns der Abstimmung. Eine Regierung aus Zentrum und Sozialdemokraten entspricht nicht der Zusammensetzung der politisch positiv gerichteten Kräfte des badischen Volkes. Sie bildet eine Gefahr für die ruhige politische Entwicklung des Landes. Die volksparteiliche Fraktion wird diesen Standpunkt bei der politischen Aussprache in kommenden Woche näher begründen.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe teilt mit, daß die Bürgerliche Vereinigung die Wahl der Regierung den in Frage kommenden beiden Parteien überlassen wolle.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) erklärt: Wir sind an der Regierung nicht beteiligt und enthalten uns der Abstimmung.

Abg. Bock versagt wie der bisherigen, so auch der neu zu wählenden Regierung das Vertrauen der Kommunisten.

Es wird dann zur Wahl des Ministers des Innern geschritten.

Insgesamt werden 68 Stimmen abgegeben, wovon 43 auf den Abg. Kemmle (Soz.) entfallen, 25 Zettel sind weiß. Kemmle ist somit zum Innenminister wiedergewählt und nimmt die Wahl an. Die Wahl des

des Justizministers fällt mit dem gleichen Stimmenverhältnis auf den seitherigen Minister Abg. Trunk.

In einem weiteren Wahlgang wird Herr Kemmle auch die Leitung des

Ministeriums für Kultus und Unterricht übertragen. Hierbei wird aus den Reihen der Opposition 1 Stimme für den Abg. Dr. Schöfer abgegeben (Heiterkeit).

Zum Finanzminister wurde mit 42 Stimmen schließlich Abg. Dr. Köhler wiedergewählt.

Zu Staatsräten (bisher 2, jetzt 3) werden berufen: die Abg. Maier-Heidelberg und Marum von den Sozialdemokraten und Weiskopf vom Zentrum. Die Gewählten nehmen das Amt an.

Es folgt nunmehr die Wahl des Staatspräsidenten

Sie fällt mit 41 von 68 abgegebenen Stimmen auf den Minister Trunk; zum stellvertretenden Staatspräsidenten wird Minister Kemmle bestimmt. Beide nehmen die Wahl an.

Präsident Dr. Baumgartner begrüßt die neue Regierung mit folgender Ansprache:

Herr Staatspräsident, meine Herren Minister und Staatsräte!

Sie haben der soeben getätigten Wahl ihre Zustimmung gegeben und die Ihnen vom souveränen badischen Volk durch seine erwählten Vertreter übertragenen Ämter angenommen. Mit diesen Ämtern als Staatspräsident, als Minister und als Staatsrat, ist ein hohes Maß von Pflichten und Verantwortung verbunden. Wenn der vom deutschen Volk gewählte Reichspräsident sein Amt übernimmt, so leistet er vor versammeltem Reichstage einen feierlichen Eid. In unserer badischen Verfassung fehlt es an einer entsprechenden Vorschrift. Aber wir alle und mit uns das badische Volk sind voll und ganz überzeugt, daß Sie, meine Herren Mitglieder der Staatsregierung, mit Ihrem Jawort zur Amtsübernahme dadurch gleich zum Ausdruck bringen wollen, daß Sie in den Ihnen übertragenen Ämtern unter gewissenhafter Beobachtung der Reichs- und Landesverfassung sowie der Gesetze, Ihre ganze Kraft dem Wohle von Volk und Land widmen und nach den ewigen Gesetzen von Recht und Gerechtigkeit treu und gewissenhaft Ihre Amtspflichten zu erfüllen entschlossen sind. Die Aufgabe, die vor Ihnen steht, ist angesichts der Gesamtlage unseres Landes und Volkes in außenpolitischer, innenpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht außerordentlich schwer und erfordert von Ihnen und von uns das höchste Maß von Verantwortungsbewußtsein und von Verantwortungsbereitschaft. Möge Ihre Arbeit und Tätigkeit im Dienste unserer Heimat und darüber hinaus zur Förderung unseres deutschen Vaterlandes vom Segen Gottes begleitet sein!

Staatspräsident Trunk erwidert:

Wir schließen uns der Anerkennung und dem Danke für die Arbeit Dr. Hellpachs als Unterrichtsminister und Staatspräsident ausdrücklich und aufrichtig von ganzem Herzen an und knüpfen daran den herzlichsten Dank an den Herrn Präsidenten für das eben Gesagte. Wir wissen, welche außerordentliche schwere Aufgabe wir angesichts unserer schwierigen außen- und innenpolitischen und wirtschaftlichen Lage übernommen haben. Wir wissen auch, daß Heimat und Vaterland aus den dunklen Tagen nur mit Anstrengung aller Kräfte der Befreiung und einer gewissen Höhe entgegengeführt werden können. Seien Sie überzeugt, daß wir willens sind, all Kräfte dafür einzusetzen. Seien Sie überzeugt, daß uns das gegebene Wort so heilig ist, wie ein Eid. Unser Ziel ist, rein objektiv, uneigennützig und loyal allem andern gegenüber der Heimat, dem badischen Lande und Volke zu

Wien, dem Lande Baden im Verbands des Deutschen Reiches und damit unserem gemeinsamen deutschen Vaterlande! (Beifall bei den Regierungsparteien).

Der Präsident schließt gegen 7 Uhr die 14-stündige Sitzung.

Nächste Sitzung Montag nachmittag halb 4 Uhr: Entgegennahme einer Regierungserklärung, förmliche Anfrage wegen des Fahnenverbots beim Einzug des Reichspräsidenten und große politische Aussprache.

Wirtschaftliche Umschau

Die immer schwieriger werdende Wirtschaftslage drückt sich äußerlich in den wachsenden Arbeitslosenziffern und in der äußerst bedenklichen Zunahme der Insolvenzen bzw. Konkursen aus. Dem sucht die deutsche Industrie aus Selbsterhaltungsründen durch weitere Durchnationalisierung, horizontalen Zusammenschluß, Stilllegung unrentabler Betriebe, Produktionseinschränkungen zu begegnen. Weniger freilich ist die Anwendung eines zweiten Hilfsmittels fortgeschritten, des wirksamen und radikalen Preisabbaus auf den In- und Auslandsmarkt, über den man — soweit er nur irgend möglich ist — schließlich doch nicht hinwegkommen wird, denn die Krise ist vor allem eine Absatzkrise.

Vorerst werden die von Industrie- und Gewerkschaften getroffenen Maßnahmen die allgemeine Lage eher verschlimmern, denn einmal schwächen die Nationalisierungen, Zusammen- und Stilllegungen infolge der damit verbundenen Arbeiter- und Angestelltenentlassungen die Kaufkraft weiter, und außerdem bleibt mit der Tendenz des Zusammenschlusses auch die der Marktherrschaft und Gewinnsteigerung verbunden, trotzdem zwingende Logik der Tatsachen zu allervorständigster Anwendung der Machtmittel in dieser Hinsicht an und für sich veranlassen muß. Wir haben ja in letzter Zeit auch Beispiele, wo Produzentenkartelle verbilligend wirken, wie die an dieser Stelle bereits besprochene internationale Glühlampenkonvention. Hierher gehören auch die Auseinandersetzungen des Verbands der deutschen Zigarettenindustrie mit dem organisierten Handel, welcher die gleiche Verdienstsparnis wie vor der Erhöhung der Zigarettensteuer beansprucht und demgemäß für Erhöhung des Kleinverkaufspreises für Zigaretten ist, während die kartellierten Großherzeuger diesen möglichst niedrig halten wollen. Die Industrie strebt ein Zigarettenzwangsartell an, und sogar ein Reichszigarettenmonopol ist in diesem Zusammenhang schon genannt worden. Es zeigt sich in diesem Fall — wobei es sich der Produktion darum handelt, einen Rückgang des Absatzes zu verhindern —, daß sie keinen anderen Ausweg mehr sieht, als die Niedrighaltung der Preise zu vertreten und dafür zu kämpfen.

In vielen Produktionszweigen ist die Nationalisierung, die ja bestimmte große Produktionsmengen voraussetzt, um durch Verbilligung der Selbstkosten zu wirken, schon in erheblichem Umfang durchgeführt. Dies hat eine Erhöhung der erzeugten Gütermenge bewirkt, was im Verein mit der dazu erforderlichen Beschaffung großer Rohstoffvorräte und der Verzinsung der in die Nationalisierungsbauten hineingesteckten Kapitalien eine starke finanzielle Anspannung der Unternehmungen mit sich brachte. Das Fehlen genügenden Absatzes erst, hat einen mäßigen Preisabbaubehelf herbeigeführt, und auf diesen ist wohl auch die Besserung der Handelsbilanz in den letzten Monaten zurückzuführen. Auch die neuesten Ziffern für Oktober zeigen einen weiteren erfreulichen Fortschritt. Die deutsche Ausfuhr ist wieder gestiegen und hat mit 780 Mill. den höchsten Stand seit der Marktstabilisierung erreicht. Die Ausfuhr von Fertigwaren ist um 44 Millionen gegenüber dem September gestiegen, in Walzwerterzeugnissen und Eisenwaren um 9,5 Mill.

Wenn der gegenwärtige neue äußerst kritische Abschnitt der Sanierungsperiode, der sich ja deutlich in den neuen Kapitalzusammenlegungen und Stilllegungen zeigt, abgeschlossen sein wird, wann auf dem schwankenden Boden wiederum vorwärts geschritten und neu aufgebaut wird werden können, läßt sich natürlich augenblicklich nicht übersehen. Nur soviel scheint sicher, daß der Tiefpunkt der Krise noch nicht überschritten ist. Die aus solcher Sachlage sich ergebende, und sich noch steigende soziale Not und das damit in Verbindung stehende weitere Schwenden der Kaufkraft bringen zudem weitere Hemmnisse.

An bemerkenswerten Vorgängen in der deutschen Industrie, die in Zusammenhang mit der obengedachten Situation stehen, war die letzte Zeit ja außerordentlich reich. Aus der bad. Industrie seien hier die neuen Schwierigkeiten der Motorenwerke Mannheim A.-G. vorm Benz genannt, für die nun eine Stützungsaktion gesichert ist. An dieser Aktion ist u. a. die Stadtgemeinde Mannheim beteiligt, die schon im vorigen Jahr durch Gewährung eines größeren Kredits und die Bereitstellung von Gelände, die Firma, welche plante, ihren Hauptbetrieb nach Berlin oder Speyer zu verlegen, zum Bleiben veranlaßte. Dieser Kredit ist prolongiert, und außerdem geben die Stadt und die Banken u. a. auch die Bad. Girozentrale sowie die Knorrbremse A.-G. Kredite in Höhe von 1,7 bzw. 1,5 Millionen. Dafür geben die Großaktionäre 1/3 ihres Aktienbesitzes, 1,2 Millionen, ohne Gegenwert an Direktor Vielmetter (Knorrbremse A.-G.). Die Krise des 5 Millionen Aktienkapitals auf-

wessenden Unternehmens, an dessen Fortführung wegen der zahlreichen von ihm beschäftigten Arbeiter und Angestellten die Stadt Mannheim großes Interesse hat, ist in der Hauptsache eine durch den Zusammenbruch der Reihertiegwerke (die mit den Motorenwerken finanziell verbunden war), hervorgerufene Illiquiditätskrise. Die modern ausgestatteten Werke weisen übrigens einen guten Umsatz auf und auch der weitere Absatz des Unternehmens scheint gesichert.

In der Autoindustrie schweben gegenwärtig Verhandlungen wegen Vereinfachung und Rationalisierung, zunächst mit den Vorlieferanten wegen den Lieferungen einheitlicher Werkzeugmaschinen für Massenfabrikation, die bisher aus Amerika bezogen werden mußten. Weiter steht eine Verständigung über die Abgrenzung der Fabrikationsprogramme in Aussicht, wodurch einzelne Werke nur noch die Massenfabrikation bestimmter Einzelteile übernehmen sollen. Doch dürften nicht alle Werke in das Programm einbezogen werden, da einzelne größere Werke schon auf ihrer bisherigen Grundlage rentabel produzieren.

Die Stützungsaktion für den Richard Kahn-Konzern hat die Schwierigkeiten dieses großen aus einer Reihe von Betrieben zusammengesetzten Unternehmens nicht beseitigt. Die Stützung hat sich nicht als ausreichend erwiesen, und nur ist der Antrag auf Geschäftsaufsicht gestellt worden, wobei man unter dem Schutze des Verfahrens eine grundlegende Sanierung anstrebt. Der Konzern klagt über Nachlassen der Auftragsengänge und schleppenden Eingang der Zahlungen. Zu dem Konzern gehören bekanntlich eine ganze Reihe von Berliner bedeutenden Maschinenfabriken, darunter die Stoß-Motoryflug A.-G. sowie verschiedene süddeutsche Unternehmungen wie u. a. die Schnellpressenfabrik Heidelberg A.-G., E. Maquet A.-G. in Heidelberg, die Maschinenfabrik Geislingen A.-G.

Über die bereits unter Geschäftsaufsicht stehende Aga (Aktien-Gesellschaft für Automobilbau) des Herrn Edmund Stinnes ist nunmehr das Konkursverfahren eröffnet worden, nachdem die Absatzkrise zu immer schärferer Betriebsmittelnot geführt hat. Was die Aktiosten anlangt, so handelt es sich um große Wertanlagen, die aber bei der heutigen Kapitalnot schwer Käufer finden dürften, wie z. B. die Dinos-Werke in Berlin-Tempelhof mit einem Wert von 4 1/2 Millionen nicht einmal zu 2,6 Millionen zu verkaufen waren. Zweifelhaft bleiben wegen der komplizierten Rechtslage die erheblichen Regressansprüche, die man an Edmund Stinnes stellen will. Der Betrieb will man übrigens aufrecht zu erhalten suchen.

Während die Anilinverfeinerung nach Zustimmung der Höchstler Farbwerke und der A.-G. für Anilinfabrikation in Berlin-Treptow in vollem Gange ist, sind die Verhandlungen über die Bildung des Ruhr-Montantrustes bei weitem noch nicht abgeschlossen, da die Steuerfrage, die zugleich eine innerpolitische Frage ist, noch keine Klärung gefunden hat. Der Widerstand aus Arbeiterkreisen ist im Steigen. Die Bildung des Trustes mit seinen Abbau- und Sanierungsmaßnahmen wird zweifellos der Arbeitnehmerschaft sehr fühlbar werden, doch fragt es sich, ob, wenn durch Nichtbewilligung einer Steuererleichterung bei der Fusion, diese scheitert, später die soziale Entwicklung nicht noch ungünstiger wird und noch mehr Stilllegungen und Einschränkungen kommen. Die Arbeiterfrage steht somit zwischen zwei Äbeln, und bei einer evtl. Kampfansage darf sie nicht vergessen, daß einer schweren Übergangszeit aller Voraussicht nach eine günstigere spätere Entwicklung folgen wird. Für den Staat ist der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsgelegenheiten das oberste Gesetz, da ja die Arbeitslosenunterstützung nur ein ganz vorübergehender Notbehelf ist.

Der horizontale Zusammenschluß läßt sich natürlich nicht überall und zu weitgehend durchführen, und kann sich nur auf möglichst gleichartige Erzeugergruppen erstrecken, wenn tatsächlich das Ziel der Rationalisierung erreicht werden soll. So haben die Deutschen Schiffswerften, die sich ja auch in schwerer Notlage befinden, für ihren Produktionszweig mit ihrer mannigfachen Spezialisierung für die verschiedenartigen Bedürfnisse des In- und Auslandes diese Frage mit großer Steifigkeit behandelt und Befürchtungen für den technischen Fortschritt und die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Schiffbaus auf dem Weltmarkt ausgesprochen. Es kann jedoch auch hier möglicherweise ein örtlicher horizontaler Zusammenschluß gleichartiger Betriebe in Frage kommen, sowie der der großen Hilfsbetriebe, während die Fertigung und Spezialfabrikation, wie das ja auch in der Eisenindustrie der Fall ist, dem Einzelbetrieb bleibt.

Arbeitsfrieden im kommenden Baujahr. Die zentralen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände des Baugewerbes vereinbarten, wie aus Berlin gemeldet wird, am Donnerstag die Verhandlungen zur Schaffung eines Reichsrahmentarifs wieder aufzunehmen. Die Verhandlungen sollen am 18. 12. beginnen. Um in Ruhe die Verhandlungen führen zu können, wurde bis 31. 8. 1928 Burgfrieden zwischen den Parteien vereinbart. Zu diesem Zwecke werden innerhalb des Deutschen Reiches die zur Zeit bestehenden Lohnarbeitsabkommen bis zum 31. 8. 28 verlängert. Die Einleitung von Kampfmaßnahmen, zentral oder bezirklich, ist beiderseits ausgeschlossen. Sofort einzurichtende tarifliche Schlichtungsstellen werden etwaige Streitfragen erledigen. Die Parteien hoffen, daß es gelingen werde, die Möglichkeit des Arbeitsfriedens für das kommende Baujahr zu schaffen.

Die zweite Lesung der Locarnoverträge

3. Lesung heute

Der Reichstag hat am Donnerstag das Gesetz über den Vertrag von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund in zweiter Lesung mit großer Mehrheit angenommen. Die Annahme des Artikels I des Entwurfs, der die Zustimmung zu den Verträgen von Locarno ausspricht, erfolgte mit 271 gegen 159 Stimmen; dagegen stimmten die Deutschnationalen, die Völkischen, die Kommunisten, und ein Teil der wirtschaftlichen Vereinigung. Auch die Bayerische Volkspartei befand sich bei der Mehrheit. Zum Artikel II, der die Regierung zum Eintritt in den Völkerbund ermächtigt, haben die Deutschnationalen und auch die Wirtschaftspartei Änderungsanträge gestellt, die für diesen Akt ein besonderes Reichsgesetz verlangten. Der deutschnationale Antrag wurde mit 242 gegen 169 Stimmen der Antrag der Wirtschaftspartei mit 245 gegen 170 Stimmen abgelehnt. Beide Male enthielt sich die Bayerische Volkspartei der Stimme, weil sie ihre enghäufige Haltung der Mehrheit zu der von ihr eingebrachten Resolution abhängig machen will; darüber wird erst heute entschieden werden. Der Artikel II selbst und auch der Artikel III, der das Inkrafttreten des Gesetzentwurfs betrifft, wurden dann in einfacher Abstimmung angenommen.

Die dritte Lesung der Vorlage findet am heutigen Freitag statt. Dann wird auch über die Mißtrauensanträge entschieden werden, die von den Deutschnationalen, den Kommunisten und den Völkischen eingebracht sind. Da die Regierung Luther ohnehin erklärt hat, nach der Unterzeichnung des Vertrages zurücktreten zu wollen, werden auch die Parteien, die zwar für Locarno stimmen, aber zur Opposition zählen, die Mißtrauensanträge ablehnen.

M. B. Berlin, 26. Nov.

Auf der Tagesordnung steht

die zweite Beratung der Locarnoverträge.

Am Regierungstisch Reichsaußenminister Dr. Stresemann.

Abg. Dr. Landsberg (S): Bei unserer Kritik, mag sie noch so scharf sein, müßten wir immer davon ausgehen, daß der Beweggrund des Gegners die Liebe zum Vaterland ist. Wir Sozialdemokraten bekennen uns zum Pazifismus. Es ist nicht Pazifismus, sondern Faschismus, wenn man sich widerstandslos vor Gegnern mißhandeln läßt. Der Locarnopakt kann eine Schicksalswende im Völkerleben herbeiführen. Ein Scheitern würde geradezu eine Katastrophe bedeuten; denn es würde uns zu der Last des Verfallers des Vertrags noch das denkbar größte Mißtrauen in die deutsche Politik bringen. Die automatische Folge würde der Bund nicht mit, sondern gegen Deutschland sein. Die Deutschnationalen treiben eine Politik im Stile Wilhelm II. Wenn die Deutschnationalen mit dem Erfordernis einer Zweidrittelmehrheit die Reichstagsaufhebung erzielen könnten, so würden wir einen solchen Wahlkampf begrüßen. Aber rechtlich ist diese Zweidrittelmehrheit für diese Vorlage nicht erforderlich. Der Locarnopakt kostet uns den Verzicht auf den Krieg, den wir nicht führen können und nicht führen wollen. Er bringt uns aber den Schutz vor weiterer Sanktionspolitik und die Aussicht auf baldige Befreiung des Rheinlandes.

Abg. Wallraf (D): Wendet sich gegen den Abg. Landsberg. Was den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betrifft, so schließen sich nach diesem Eintritt unweigerlich die Türen hinter uns. Das Mißtrauen gegen den Völkerbund ist und geradezu aufgedrungen worden. Wir haben Verkaufsbargungen gehört, in denen ausdrücklich gesagt wird, daß die Stabilisierung des Verfallers des Vertrags den Hauptpunkt des Locarnovertrages darstelle. Es ist gesagt worden, wir könnten leichtest Dutzend auf das versichern, was uns doch verschlossen ist. Hätte etwa Frankreich sieben Jahre nach dem Frankfurter Frieden erklärt, daß die Rechte und Pflichten aus dem Frankfurter Frieden unberührt bleiben? Das deutsche Reich hätte nicht auf die ferndeutschen Kreise von Eupen und Malmedy verzichten dürfen. Der Verfaller Vertrag sichere die Grenzpflicht Frankreichs über das Saargebiet, enthalte die Verpfändung im Osten, den Widerspruch gegen den Anschluß Österreichs und das Niederwerfen der deutschen Wehrmacht. Der Völkerbund sei nur ein Instrument zur Aufrechterhaltung des Verfallers Vertrags und zur Wiederherstellung Deutschlands. Das deutsche Reich dürfe keinen Vertrag unterschreiben, der auch nur die Deutung zulasse, als wäre in ihm ein neues Anerkenntnis des Verfallers Friedens und ein Verzicht auf deutsches Land und Volk zu finden. Man habe von einer allgemeinen Gleichberechtigung Deutschlands, von einem allgemeinen Völkerfrieden usw. gesprochen, aber jetzt stehe das alles in mitleidigem Dichte der Wahrheit da.

Abg. Schneller (K) führt aus, das Verfallers Diktat hätten die Deutschnationalen schon jetzt mit ihrer Zustimmung zum Danesepakt anerkannt. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bedeute eine grundlegende Änderung der Haltung gegen Rußland.

Abg. Dernburg (D): Die Bedenken gegen den Völkerbund werden am besten zerstreut werden, wenn wir erst gleichberechtigte Mitglieder des Völkerbundes sind. Wir werden für alle nationalen Minderheiten die kulturelle Autonomie verlangen und diese Haltung wird ihre Früchte tragen. Die Befürchtung, daß Deutschland mit dem Eintritt in den Völkerbund eine Option für den Westen gegen den Osten Europas vornimmt, ist durchaus unbegründet. Wenn eine solche Haltung bei den Kommunisten noch verständlich ist, so ist sie bei den Deutschnationalen ganz unbegründet. Die Deutschnationalen treiben eine Politik der Isolierung Deutschlands, die der Bismarckschen Politik durchaus widerspricht. Glauben die Deutschnationalen, daß Deutschland Auslandskredite bekommen wird, wenn sie den Locarnopakt mit dem Gesagten „Siegfried wollen wir Frankreich schlagen“ ablehnen. Wir erkennen als den Willen der großen Mehrheit unseres Volkes das, was Rathenau schon in Genoa aussprach: „Friede! Friede! Friede!“ (Beifall bei den Demokraten).

Abg. Gamppe (Wirtsch. Vereinig.): Aus der Debatte ergibt sich, daß keine Fraktion aus vollem Verzeugsgrunde dem Locarnopakt zustimmt. Auch in unserer Fraktion bestehen Meinungsverschiedenheiten über den Locarnopakt. Wenn Dr. Bredt im besonderen für die wirtschaftliche Partei spricht, so spreche ich besonders für die Deutsch-Hannoveraner und für den Bayerischen Bauernbund. Wir begeh gegen den Locarnopakt das große Bedenken, daß er als eine neue Bestätigung des Verfallers Vertrags gedeutet werden könnte. Nach den Erklärungen der Gegenseite sind unsere Bedenken in dem einen Punkte zerstreut. Die Idee des Völkerbundes ist uns grundsätzlich durchaus sympathisch, aber wir wollen nicht jetzt, wo wir gar nicht wissen, wie die künftige Regierung aussieht, eine solche Ermächtigung geben. Namens meiner Fraktion habe ich noch zu erklären, daß in der Frage, ob die Locarnovorlage verfassungswidrig sei und zu ihrer Annahme ein 2/3 Mehrheit erforderlich ist, wir uns auf den vereinigenden Standpunkt des Gutachtens der Reichsregierung stellen. Wenn unserm Änderungsantrag oder einem ähnlichen anderen Parteien stattgegeben wird, werden wir der Vorlage zustimmen.

Abg. Dr. Bayerbärger (Bayer. Volkspartei) betont, daß das, was als Rückwirkungen der Locarno-Verträge bezeichnet wird, nichts als die Erfüllung klarer Rechtsansprüche bedeute. Der Redner schildert dann weiter die drückende Befangungslage namentlich in der Pfalz und das durch sie hervorgerufene Elend. Wenn die Locarno-Verträge nicht dem gesamten Interesse dienen, müßten sie abgelehnt werden.

Abg. Denning (Balk.): wendet sich gegen den Locarnopakt und die internationalen Freimaurerlogen.

Damit schließt die Aussprache. In der Abstimmung, die auf Antrag der Deutschnationalen namentlich ist, wird Artikel 1 des Gesetzes, der die Annahme des Sicherheitspaktes und der Schiedsverträge feststellt, mit 271 gegen 159 Stimmen angenommen. Dagegen haben die Deutschnationalen, die Kommunisten, die Nationalsozialisten und ein Teil der Wirtschaftlichen Vereinigung gestimmt. Vor der Abstimmung über den Artikel, der Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ausspricht, beantragt Abg. Leicht (B.B.) folgende Entschließung: Die Reichsregierung wird ersucht, von der Ermächtigung des Artikels 2 nur Gebrauch zu machen, wenn sich durch weitere Tatsachen die Auffassung der Regierung bestätigt, daß die Gegenseite in den schwebenden Fragen, insbesondere den Fragen der Rheinlande, eine Politik der friedlichen Verständigung verfolgt. Abg. Leicht erklärt weiter, seine Forderung werde sich bei der jetzigen Abstimmung über den Artikel 2 der Stimme enthalten. Die Entschließung kam erst in der dritten Beratung am Freitag zur Abstimmung kommen.

Namentlich wird darauf abgestellt, über einen Antrag der Deutschnationalen, der dem Artikel 2 folgenden Absatz anfügt: „Zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bedarf es eines besonderen Gesetzes. Dieser letzte Antrag wird mit 242 gegen 169 bei 9 Stimmenthaltungen abgelehnt.“

Der Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung, der inhaltlich dasselbe besagt wie der abgelehnte Antrag der Deutschnationalen, wird in namentlicher Abstimmung mit 246 gegen 170 Stimmen bei 19 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Artikel 2 wird in einfacher Abstimmung angenommen, ebenso Artikel 3, wonach das Gesetz mit dem auf die Verhängung folgenden Tage in Kraft tritt. Damit ist die zweite Beratung der Vorlage erledigt.

Am 8 Uhr verläßt sich das Haus auf Freitag 12 Uhr.

Die Mittelparteien zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund

Die Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der demokratischen Partei brachten gemeinsam eine Entschließung ein, die die Reichsregierung aufzufordern, mit allen Kräften bemüht zu sein, um bis zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund im Sinne des Vertragswerkes von Locarno die entsprechende Erweiterung der sogenannten Rückwirkungen zu sichern. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, werden auch die Mitglieder der Bayerischen Volkspartei dieser Entschließung zustimmen, falls eine eigene Entschließung zu dieser Frage abgelehnt werden sollte. Die Sozialdemokraten werden, wie weiter verlautet, die gemeinsame Entschließung der drei Parteien unterstützen.

Die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages

Die „Tägliche Rundschau“ meldet, die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages werde, doch jetzt nicht durch die Vorkämpfer, sondern durch die Delegierten in Locarno erfolgen. Die deutschen Delegierten, Reichskanzler Dr. Luther, Reichsaußenminister Dr. Stresemann würden sich mit Staatssekretär von Schubert und Kempner und dem Ministerialdirektor Gaus nach London begeben, um die Unterzeichnung zu vollziehen. Für den Aufenthalt in London seien 2-3 Tage in Aussicht genommen.

Englisch-französische Meinungsverschiedenheiten

BTW. London, 27. Nov. (Tel.) Der diplomatische Bericht-erstatler des „Daily Telegraph“ meldet: Die Verhandlungen über die Verminderung der Besatzungstruppen der Rheinlande stoßen auf beträchtliche Schwierigkeiten. Wie verlautet, fordern die französischen Behörden nachdrücklich, daß das französische Kontingent, das gegenwärtig etwa 90 000 Mann beträgt, annähernd in der Stärke, wie es vor der Ruhrbesetzung bestand, beibehalten werden soll, und daß höchstens eine Verminderung um 30 000 Mann zugestanden werden kann. Die französische Auffassung, daß die britische Rheinarmee noch weiter vermindert werden könnte, ist nach Ansicht britischer diplomatischer und militärischer Kreise unannehmbar, da das britische Kontingent im Vergleich zu der Stärke, die es vor drei Jahren hatte, bereits radikal vermindert worden ist.

Umgruppierung der Besatzungstruppen

Genas meldet aus Mainz, der Generalstab der französischen Besatzungstruppen am Rhein habe die durch die Räumung der Kölner Zone und durch die Besetzung Wiesbadens durch englische Truppen notwendig gewordenen Umgruppierungen so gut wie beendet. Die Besatzungstruppen werden künftig aus drei Armeekorps, sechs Divisionen, darunter einer Kavalleriedivision, bestehen. Die Truppen, die in Wiesbaden stationiert werden, werden nach Mainz geleitet als Ersatz für die 42. Division, die als Verstärkung nach Mainz geleitet war, und die ebenso wie die fünften und sechsten Kavallerieregimenter nach Frankreich zurückkehren. Der Generalstab des 30. Armeekorps wird nach Koblenz verlegt. Dieser Nachricht fügt Genas hinzu, daß die Umgruppierung der Truppen die Lasten der Besetzung nicht vermehre, sondern im Gegenteil die Truppenstärke vermindere.

Die „Germania“ meldet: Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, handelt es sich bei der Truppenbesetzung von Trier und Aachen lediglich um eine vorübergehende Maßnahme, nämlich um die Unterbringung der auf dem Rückmarsch befindlichen französischen Truppen. Die französische Regierung hat bestimmt zugesagt, daß die Besetzung von Trier und Aachen in kürzester Frist auf den früheren Stand zurückgeführt werde.

Die Vorkämpferkonferenz ist am Donnerstag vormittag in Paris zu einer Sitzung zusammengetreten, welcher Marshall Hoeh beizuhörte. Sie hat sich mit verschiedenen Fragen beschäftigt, die sich auf die Anwendung der letzten Entwaffnungsmaßnahmen in Deutschland beziehen, sowie mit der Umgruppierung der Besatzungstruppen im Rheinland, die sich durch die Räumung der Kölner Zone mit der am 1. 12. begonnen werden soll, als notwendig erwiesen hat.

Polen und die Locarno-Verträge

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des polnischen Landtages hat am Donnerstag die Verträge von Locarno angenommen. Gegen die Verträge sprachen sich die Vertreter der christlich-nationalen Partei und der Sprecher der radikalen Bauernpartei aus. Ministerpräsident Graf Skrzynski betonte, daß eine Ablehnung des Vertrages von Locarno für Polen Isolierung und damit den Tod bedeute, die Annahme hingegen eine 5 bis 10jährige Friedensperiode, während der es an seinem Aufbau arbeiten könne.

Die amtliche Großhandelsindexziffer. Die auf den Stich-tag vom 25. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes liegt gegenüber dem Stand vom 17. November (121,0) um 1,4 v. H. auf 122,7. Höher lagen die Preise für Getreide, Butter, Baumwolle, Hafer, Rohwolle, Zinn. Gesunken sind die Preise für Schmalz, Fleisch, Rindfleisch, Kalbfleisch, Treibriemenleder, Jutegarne sowie für einige Nichteisenmetalle. Von den Hauptgruppen haben abgezogen Agrarerzeugnisse von 114,5 auf 117,3 oder um 2,4 v. H., während die Industriestoffe mit 132,9 (Vorwoche 133,0) nahezu unverändert blieben.

Der Personalbestand der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Der Personalbestand an Beamten und Arbeitern bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft beträgt, wie entgegen anderen Meldungen mitgeteilt wird, z. B. rund 732 000. Es muß seitens der Deutschen Reichsbahngesellschaft im Interesse der wirtschaftlichen Betriebsführung erreicht werden, etwa den Friedensstand wieder zu erreichen, der sich auf rund 699 000 belief. Katunemäßig werden in der Hauptsache von dem weiteren Abbau die Bezirke betroffen, die wegen der Lage der Verhältnisse den Abbau noch nicht im vollen Maße haben durchführen können.

Die Regierungsbildung in Frankreich. Nachdem am Donnerstag die Sozialisten das Angebot Herrlots, in ein von ihm geleitetes Linkskabinett einzutreten, einstimmig abgelehnt haben, weil in der Finanzfrage eine Einigung mit bürgerlichen Gruppen-Parteien nicht zu erzielen war, hat Herrlot auf die Regierungsbildung verzichtet. Der Präsident der Republik hat Briand gebeten, einen zweiten Versuch zur Bildung der Regierung zu unternehmen. Briand hat angenommen. Pariser Blättern zufolge wird angenommen, daß Briand sein Kabinett bis heute Freitag abend bilden werde. Von der Möglichkeit, daß er Schiffbruch erleiden würde, habe Donnerstagabend niemand gesprochen.

Bur Lage in China. Der Diktator von Mukden, Tschang Tsolin, wie jetzt gemeldet wird, von seinem eigenen Unterbefehlshaber Kuo Sung-leng gefangen gesetzt worden sein und die Weiterei in Tschang Tsolin's Armee sich immer weiter ausbreiten. Die Gefangennahme Tschang Tsolin's wird nach anderen Meldungen allerdings nicht bestätigt, jedoch wird mitgeteilt, daß seine Lage durch die Weiterei seiner zwei Oberbefehlshaber in und in der Nähe von Tientsin nach wie vor äußerst kritisch sei. Südlich von der Großen Mauer ist Tschang Tsolin's Macht völlig gebrochen und der Einfluß Beng Hu-sings entsprechend gestiegen.

Die Sammelbogen

für die
Zeppelin-Ledener-Spende

Vergeß auch Du nicht, Deinen Beitrag zu leisten!

liegen bei allen Sparkassen u. Banken zur Zeichnung aus.

Kurze Nachrichten

Abbau der Rheinlandkommission. Mätkermeldungen zufolge ist etwa 300 Zivilangestellten der Rheinlandkommission die Kündigung überreicht worden.

Der deutsch-russische Handelsvertrag wurde vom Reichsrat angenommen.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde durch Jurore der sozialdemokratischen Stadtverordnete Goh zum ersten Vortrager gewählt. Das war bereits Vortrager der vorigen Stadtverordnetenversammlung.

Wiedereröffnung der Arbeit in der chemischen Industrie. Nachdem der Schiedspruch in der chemischen Industrie für rechtsverbindlich erklärt wurde, haben die Arbeiter in den chemischen Fabriken in Darmstadt die Arbeit wieder aufgenommen. Die Firma Böhm & Haas hat bereits gestern den vollen Betrieb wieder aufgenommen, während die Firma E. Merck erst am Samstag wieder in vollen Betrieb kommt.

Summeren statt U-Boot. Das „N. L.“ meldet, daß der frühere U-Boot-Sagen von Helgoland von dem dortigen biologischen Institut zu einer großen mustergetragenen Summerzuchtanstalt umgewandelt werden soll.

Ablehnung eines Vertrauensantrages der englischen Arbeiterpartei. Das englische Unterhaus hat am Donnerstag mit 322 gegen 131 Stimmen einen offiziellen Antrag der Arbeiterpartei abgelehnt, in dem die Regierung wegen ihres Verlangens in der Frage der Arbeitslosigkeit getadelt wird.

Tschitscherin bei Beland. Der russische Sowjetkommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, der Donnerstag vormittag in Paris eingetroffen ist, hat am Nachmittag in Begleitung des Sowjetbotschafters Kowalewsky dem Außenminister Briand einen Besuch abgestattet. Die Besprechung dauerte eine Stunde.

Die Nachricht vom Tod des Abbe Wetterle wird dementiert.

Der König von Siam gestorben. Der König von Siam ist, wie aus Bangkok gemeldet wird, gestorben. Sein junger Bruder wird ihm auf den Thron folgen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, von 8 Uhr morgens. Nachdem gestern in Baden noch meist Schneefälle erfolgt waren, die die Schneedecke im Schwarzwald auf fast 1/2 Meter erhöhten, machte es gegen Abend unter Einfluß eines Hochs über den Ostalpen auf, so daß durch Ausstrahlung die Temperatur in der Ebene auf -8 Grad, Feldberg -15 Grad und in der Saar bis -21 Grad sank. - Die gestern über der Nordsee und Irland gemeldeten Stürmungen haben sich zu einem starken Tief ausgebildet, dessen Kern über dem Stagerat liegt. Die Isolinie saugt warme Luft aus Südwesten heran. Ihre Aufgleitlinie liegt bei der Linie Ebnenbung-Kanalstraße. Die Erwärmung wird auch unser Gebiet treffen. Ein weiteres Tief liegt bei der Biscaya. Über Island bereitet sich ein neuer Kälteeinbruch vor, der aber erst in einigen Tagen erreichen wird. Voraussage für Samstag: Mild. Ebene teilsweise Tauwetter, Kieberschläge (Gebirge Schnee), böige Südwestwinde.

Badischer Landtag

Der Rechtsplegeauschuss

hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig beschlossen, die badische Regierung solle bei der Reichsregierung dahin wirken, daß § 38 des Entwurfs des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung auch alle Angestellten, die der Angestelltenversicherung unterliegen, umfaßt, der Grund dieses Beschlusses ist die allgemeine Notlage der Angestellten.

Der Ausschuss hat ferner seine Zustimmung dazu gegeben, daß durch einen Initiativantrag an den badischen Landtag die Verordnung des Justizministers über die Befreiung von Stundungsgebühren im Aufwertungsverfahren bis zum Jahr 1928 verlängert wird.

Die Ernte des Jahres 1925 im Land Baden

(Getreide, Hackfrüchte, Futterpflanzen.)

Die nach den Ertragsmeldungen der Saatenstandsberichterstattung vorgenommene Erntemittlung in Baden für das Jahr 1925 zeigt im allgemeinen und insbesondere auch im Vergleich mit dem Vorjahr recht befriedigende Ergebnisse.

In **Weizengetreide** (Weizen, Spelz und Roggen) wurden insgesamt rund 3 618 000 Ztr. (d. h. 30,4 Ztr. vom Hektar geerntet gegen 2 734 000 Ztr. (bzw. 24,2) im Vorjahr; das Mehr befreit sich also auf fast 900 000 Ztr. Der Ertrag an Gerste war mit 1 624 000 Ztr. (30,0 Ztr. v. Hektar) um 288 000 Ztr. höher als im Vorjahr, dessen Durchschnittsertrag 24,4 Ztr. betrug. Nur der Hafer hielt sich im Durchschnittsertrag von 24,0 Ztr. nicht ganz auf der Höhe des Vorjahres mit 24,4 Ztr. vom Hektar; die Gesamternte berechnet sich auf 1 357 000 Zentner.

Von der **Kartoffelfläche**, die rund 90 000 Hektar (genau 89 794 Hektar) umfaßt, wurden dieses Jahr 25,3 Millionen Zentner Kartoffeln geerntet, d. h. rund 6 Millionen Zentner mehr als im Vorjahr. Während der Durchschnittsertrag im Jahr 1924 sich auf 216 Ztr. berechnete, stieg er im laufenden Jahr auf 282 Ztr. und erreichte damit eine in den letzten 30 Jahren nicht dagewesene Höhe. Der Anteil der franken Kartoffeln an der Gesamtartoffelernte ist, wenigstens vorläufig, d. h. gleich nach der Ernte, nicht so hoch als man befürchtet hatte; er betrug für das Land im ganzen berechnet, nur 2,04 % gegen 6,46 % im Vorjahr.

Auch die **Munkelrüben** (Zuckerrüben)-Ernte brachte hohe Erträge und lieferte insgesamt rund 26 Millionen Zentner gegen 22 Millionen im Vorjahr. Hier ist der Durchschnittsertrag (260 Ztr.) um 100 Ztr. höher als im Vorjahr (mit 558 Ztr.).

Die Erträge an **Klee**, **Luzerne** und **Wiesenheu** und **Schind** sind mit zusammen rund 34,5 Mill. Zentnern um 1,3 Mill. Zentner höher als im Vorjahr, das bekanntlich auch eine recht ergiebige Futterernte aufzuweisen hatte.

Aus der Landeshauptstadt

Aber die Methode Coué sprach Donnerstagabend im Eintrachtsaal der in Stuttgart lebende Vertreter und Assistent Coués in Nancy Jean Zenit. Wir hörten aus dem Munde eines Franzosen einen gut ausgearbeiteten Vortrag in deutscher Sprache, der trotz des französischen Akzents allgemein verständlich und das im Grunde sehr einfache, in aller Munde befindliche System des Rancheer Psychologen einem breiteren Publikum zu vermitteln geeignet war. Coué geht davon aus, daß nicht der „Wille mit Anstrengung“ bei der Selbstheilung Fortschritte zustande bringen könne, sondern lediglich die dauernde Selbstheilung auf das eigene Unterbewußtsein mit Hilfe der bekannten Übungen, wie dem jeden Morgen an Sand eines Art Rosenkranzes mit 20 Perlen oder Knoten zu wiederholenden Spruch: „Es geht mir in jeder Hinsicht von Tag zu Tag besser und besser.“ Der Vortragende führte aus, daß eine besondere Sammlung bei den Übungen nicht notwendig sei, daß es sich weber um ein religiöses oder philosophisches System handle, noch etwa um aus dem fernen Osten übernommene Dinge, sondern um reine Ergebnisse der europäischen psychologischen Forschung und deren praktischen Anwendung. Das System lehrt, daß die größte Kraft in unserm Innern nicht der Wille, sondern das Unterbewußtsein ist, das man so zu schulen imstande sei, daß es eine wichtige und erste Grundlage für persönliches Vorwärtkommen wie auch für Wiederherstellung des Körpers werden könne, ja daß das Unterbewußtsein sogar im Materiellen Mittel finde, unsere Gedanken zu verwirklichen. In vielen Fällen könne jedenfalls dadurch Besserung erzielt werden, wobei jedoch die ärztliche Kunst nicht etwa zu entbehren sei. Dies — so führte der Vortragende aus — sage er nicht als diplomatische Verbeugung gegenüber der Ärzteschaft, sondern im Interesse der Patienten. Er schilderte ferner die Handhabung der Couémethode bei der Jugendberziehung, wie bei der Abgewöhnung schlechter Gewohnheiten und zeigte mit ärztlicher Einwilligung auch praktische Experimente an einer größeren Anzahl an verschiedenen Schmerzen wie Kopf- und Rückenschmerzen leidender Personen aus dem Publikum, die anscheinend alle Erleichterung verspürten. Die Methode sei auch bereits an verschiedenen Hochschulen in Deutschland in der hydrotherapeutischen Klinik der Berliner Universität eingeführt. — Man kann zweifellos an der Methode Coués nicht ohne weiteres vorbeigehen, zumal sie sich nicht im aufdringlichen Gewand eines alleinigen Heilmittels zeigt, sondern im Grunde lediglich wichtige auf psychologischen Gebiet bereits gemachte Erfahrungen in ein einfaches, geradezu hausbadenes System zusammenzufassen sucht. Daß es der Welt nun so ähnlich gehen werde wie Gottfried Kellers bekannte „Drei gerechten Kamradern“ ist natürlich nicht zu befürchten, auch dieses System kann nicht alle unsere körperlichen und seelischen Schäden und Mängel beseitigen und verpricht das auch nicht. Wer aufmerksam sein Leben zurückverfolgt, wird übrigens sicher auch manche Bestätigung der Coué'schen Lehren darin finden, wie die, daß mit noch so hart aufgewandter Willensenergie oft nichts zu erreichen war, dagegen vieles nach entspregender oft nur mechanischer innerlicher Vorbereitung wieder Erwarten gelang.

Der neue Schweinefleischpreis. Nach Mitteilung der Regierung ist bei Schweinefleisch mit Wirkung vom 24. ds. Mts. eine weitere kleine Ermäßigung eingetreten. Es kostet nunmehr ein Pfund Schweinefleisch zum Braten 1,42 Mark mit Speck und Schwarze 1,36 Mark.

E. Büchle

Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 123
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl

Fischerei. Am Sonntag, den 6. Dezember findet nachmittags 2 Uhr im Badischen Hof zu Laubersbischhofheim die erste Wanderversammlung des Landesfischereivereins statt. Es werden Vorträge über die „Badische Fischereiorganisation“ und über „Die Forellenzucht in Bächen und Teichen“ gehalten werden. Es wird mit einem harten Besuche aus den Kreisen der badischen Fischer und Fischereifreunde zu rechnen sein.

Der Verehrverein Karlsruhe hat auf einstimmigen Antrag des Ausschusses die Herren Oberbürgermeister Dr. Finter, Hauptlehrer A. G. Lehmann-Gutach, Verlagsdirektor Albin Bauer-Reutlingen (Saar) und Landesökonomierat Anton Sad-Laubersbischhofheim in Anerkennung mehrjähriger großer Verdienste um den Verein, insbesondere um den Heimatschutz, zu Ehrenmitgliedern ernannt.

Unbekannter Betrüger. In den letzten Tagen ist in Karlsruhe ein Schwindler aufgetreten, der angibt, er sei von der Jagdgenossenschaft Höchst a. M. oder ähnlich, es lagere für die Person, die er sich als Opfer ausgesucht hat, ein Geschenk der Jagdgenossenschaft, bestehend aus Hasen und Hasen, man möge es auf dem Güterbahnhof abholen. Er selbst habe 11 M. Kaufgeld zu erhalten. Nach Erhalt des verlangten Betrages verschwindet er. In einem anderen Falle verlangt er ausgediegene Frachtkosten. Der Schwindler wird beschrieben: 25 Jahre alt, mittelgroß schlank, schmales junges bartloses Gesicht, spricht norddeutsche Mundart, trägt hellen Anzug, Röhre, schwarze Hochstiefel oder Gamaschen. Da anzunehmen ist, daß der Schwindler sein Arbeitsfeld nach anderen Orten verlegen wird, wird hiermit vor ihm gewarnt.

Badisches Landestheater. Am Samstag, 5. Dez. findet die Erstaufführung der dramatischen Historie „Inarez und Maximilian“ von Franz Werfel statt, ein Werk, das jene sich vor 57 Jahren in Mexiko abspielende „Kaisertage“ behandelt, die mit dem Tode durch Erschießen des unglücklichen österreichischen Erzherzogs endete. Die dritte Aufführung des neuinstudierten Lustspiels „Was ihr wollt“ von Shakespeare, das auch bei seiner ersten Wiederholung bei vollem Hause begeisterte Aufnahme fand, ist auf Donnerstag, den 8. Dezember angelegt. Am Sonntag, den 6. Dezember wird im Konzerthaus der Schwant „Penion Schäfer“ von Wilhelm Jacoby und Karl Raufs zum erstenmal wiederholt. Die Generaldirektion hat die Komödie „Der mutige Seefahrer“ von Georg Kaiser, das Lustspiel „Der ewige Jüngling“ von Alexander Engel und den Schwant „Irrgarten der Liebe“ von Hans Sturm zur Erstaufführung für diese Spielzeit erworben. Die Erstaufführung von Monteverdi-Orff's einaktiger Tanzoper „Tanz der Spröden“ am 28. Novemb., der eine Neuinstudierung von Hädel's „Ais und Galatea“ und Haydn's „Apotheker“ folgt, beginnt um 7 Uhr. Am Sonntag, den 29. November findet eine Wiederholung von Wagner's „Meisterlanger von Nürnberg“ statt, mit Wilhelm Rentwig als „Walter Stolzing“. Am Dienstag, den 1. Dezember wird die kürzlich zur Erstaufführung gelangte Oper in vier Akten „Abenteuer des Casanova“ von Volkmar Andreae wiederholt. Am Mittwoch, den 2. Dezember folgt eine Aufführung von Donizetti's erfolgreicher heiterer Oper „Don Pasquale“. Die erste Wiederholung des musikalischen Einakter-Abends („Tanz der Spröden“, „Ais und Galatea“, „Der Apotheker“) ist am Freitag, den 4. Dezember. Am Sonntag, den 6. Dezember geht Weber's „Oberon“ in Szene. Für die darauffolgende Woche wird eine Neuinstudierung von Verdi's „Amelia oder Ein Maskenball“ vorbereitet.

Kurze Nachrichten aus Baden

28. Donaueschingen, 28. Nov. In Anwesenheit der beiden Brüder des Oberleutnants a. D. Hennig fand heute nachmittags 2 Uhr die Beisetzung des von ihnen ermordeten Elternpaares Hennig statt. In der Friedhofskapelle hatten sich außer den persönlichen Bekannten des Verbliebenen ehemalige Kameraden, sowie das Offizierkorps des hiesigen Ausbildungsbataillons eingefunden. In der Kapelle hielt der ev. Geistliche Vikar Kemmer eine Ansprache, in der er die schmerzliche Wiederverkehrtheit der Zeit, die nur Lebensgenuss, Schlemmerei u. dergl. kenne und die christliche Ethik außer acht lasse, zurückführte. Die Särge trugen Blumen-spenden von dem Fürsten und Erbprinzenpaar zu Fürstenberg, sowie dem Prinzen Max zu Fürstenberg, ferner von der Offiziersvereinigung der 170er. Am Grabe, in dem das Elternpaar gemeinsam beigesetzt wurde, spielte nach Gebeten die Kapelle des hiesigen Ausbildungsbataillons, welches die Tradition des ehemaligen Infanterieregimentes 170 pflegt, dem der ermordete Obersteuermann angehörte, Trauerweisen. Auf Wunsch der Bekannten der Verbliebenen fand die Beisetzung nur in schlichter Weise statt. Die Leiche der ermordeten Luise Hermann wurde gestern nachmittags beigesetzt. Heute früh 8 Uhr erfolgte die Beerdigung des Sohnes, abseits von dem Grabe der Eltern.

27. Freiburg, 27. Nov. Der Schneesturm hat in den gestrigen Nachmittagsstunden aufgehört, dafür hat aber eine außerordentlich starke Kälte eingetret. Auf dem Feldberg wurden heute vormittag über 14 Grad Kälte gemessen. Durch den starken Schneesturm und die nachfolgende Kälte sind zahlreiche Verkehrsstörungen und Unterbrechungen verursacht worden. Der Schwarzwald bildet die herrlichsten Winterbilder. Auf dem Feldberg selbst hat der Donnerstag Schneeverwehungen gebracht, wie sie seit Jahren nicht vorgekommen sind. Der heutige Freitag Morgen bot die prächtigste Anensicht, die erkennen ließ, daß auch in den Alpen reichlicher Schnee gefallen sein muß. Das gleiche ist von den Vogesen zu sagen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	27. Nov.	28. Nov.
Amsterdam 100 G.	168.57	168.69
Kopenhagen 100 Kr.	104.52	104.68
Stapel 100 B.	16.945	16.985
London 1 Pf.	20.32	20.32
Paris 100 Fr.	4.19	4.21
Schwiz 100 Fr.	16.38	16.42
Wien 100 Schilling	80.76	80.78
Brag 100 Kr.	59.16	59.145
	12.415	12.455

Notierung überall 100 Prozent

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungstelle vom 24. November ds. Js. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 11½ d bezw. für ein Gramm Feingold 32,777 pence.

Badisches Landestheater

Spielplan für die Zeit vom 28. November bis 8. Dezember 1925

a) Im Landestheater:

Samstag, den 28. November. * C 9. Th.-Gem. 1001-1100. Erstaufführung: „Tanz der Spröden“ von Monteverdi-Orff. Hierauf neu einstudiert: „Ais und Galatea. Pastoral von Georg Friedrich Hädel. Zum Schluß, neu einstudiert: „Der Apotheker“. Komische Oper von Joseph Haydn. 7 bis nach 10 Uhr. (7.40)

Sonntag, den 29. November. D 9. „Die Meisterlanger von Nürnberg“. 5 bis nach 10. (8.40)

Dienstag, den 1. Dezember. * F 9. Th.-Gem. 1301-1400. „Abenteuer des Casanova“. 7.30 bis 10.45 Uhr. (7.40)

Mittwoch, 2. Dezember. * B 10. Th.-Gem. 1401-1525. Volkshöhne S. Gr. „Don Pasquale“. 7½ bis gegen 10 Uhr. (7.40)

Donnerstag, 3. Dezember. * E 10. Th.-Gem. II. Volkshöhne S. Gr. „Was ihr wollt“. 7½ bis 10½ Uhr. (5.20)

Freitag, 4. Dez. * G 10. Th.-Gem. 101-200. „Tanz der Spröden“ von Monteverdi-Orff. Hierauf „Ais und Galatea“ von G. Fr. Hädel. Zum Schluß: „Der Apotheker“ von Josef Haydn. 7½ bis 10½ Uhr. (5.20)

Samstag, 5. Dezember. * C 10. Th.-Gem. 201-300. Zum ersten Mal: „Inarez und Maximilian“. Dramatische Historie, in 3 Akten und 13 Bildern von Franz Werfel. 7 bis 10½ Uhr. (5.20)

Sonntag, 6. Dezember. Morgenzert (III. Schweizer Konzert) veranstaltet von der Bläservereinigung des Landes-Orchesters und Lehrkräften des Bad. Konservatoriums zur Aufführung gelangen Werke von Hans Huber, Fritz Brun und Robert Hum. 11½ bis 1 Uhr. Preise: 1. Rang und Sperrhölz 1.50 M., 2. Rang 1 M. — für Mitglieder der Theatergemeinde und des Theaterkulturverbands 1 M. und 80 Pfg. für Mitglieder der Volkshöhne und für Studierende werden Karten im 2. Rang zu 80 Pfg. abgegeben. Abend: * D 10. Th.-Gem. 1-100. „Oberon König der Elfen“. 6½ bis 9½ Uhr. (9.00)

Dienstag, 8. Dezember. * F 10. Th.-Gem. I. S. Gr. Neu einstudiert: „Amelia, oder: Ein Maskenball“. Oper in 5 Akten. Musik von Giuseppe Verdi. 7 bis nach 10 Uhr. (7.40)

b) Im Konzerthaus:

Sonntag, den 29. November. * Neu einstudiert: „Penion Schäfer“. Komödie in drei Akten von Carl Raufs-Jacoby. 7.30 bis 9.30 Uhr. (4.20)

Sonntag, 6. Dezember. * „Penion Schäfer“. 7½ bis 9½ Uhr. (4.20)

In den Preisen sind das Programmheft und die Sozialabgabe begriffen.

Vorrecht für Umtausch der Vorzugsarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugsarten am Samstag, den 28. November, nachm. 4-5 Uhr; allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag, den 30. November. Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Theatergemeinde jeweils am Vortag der Aufführung in der Geschäftsstelle (9-1, 4-8 Uhr).

Badische Lichtspiele
Konzertthaus

Samstag, den 28., Montag, den 30. November, abends 8 Uhr
Samstag auch 4 Uhr nachmittags
Sonntag, den 29. November, nur 4 Uhr nachm.

I.
Kohlhiesels Töchter
Ein Henny-Porten-Lustspiel

II.
Badischer
Polizei-Verkehrs-Film
Hergestellt von der
Mannheimer Polizeidirektion
Musik-Begleitung: **Polizeikapelle**
Ermäßigte Preise: M. 0.60, 0.80, 1.—, 1.20, 1.50
Schüler und Studierende gegen Ausweis
halbe Preise
Vorverkauf: Musikhaus Müller, Kaiserstr. 944

Auf zur Waldstraße 28
im Hinterhaus - Fabriklager
Schuhwaren - Massen-Verkauf
Seltene Einkaufs-Gelegenheit

Rindbox-Herrenstiefel weiß, gedoppelt nur Mark 6.80	Herrn-Stiefel in verschiedenen Formen und Ausführungen Mark 8.80
Braune Rindbox-Damen- Halbschuhe zum Ausschuchen jedes Paar Mark 4.80	Jagdstiefel in braun und schwarz mit durchgehenden Doppelsohlen Mark 13.50

I. A. E. Schwarz

Bücher sind Freunde Bücher sind Gefährten

Das Fischen zur Nachtzeit.
Auf Grund des Art. 9 des Gesetzes vom 3. März 1879, die Ausübung und den Schutz der Fischerei betr., sowie des § 30 Abs. 1 und 4 der Landesfischereiordnung vom 3. Februar 1888 wird die bezirkspolizeiliche Vorschrift für den ehemaligen Amtsbezirk Karlsruhe vom 24. Nov. 1882, gleichen Betreffs, mit Zustimmung des Bezirksrats und nach erfolgter Vollziehbarerklärung durch den Herrn Landeskommissar hier, vom 10. November 1925 aufgehoben.
Karlsruhe, den 25. November 1925.
Bezirksamt Abt. II b.

Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Ökonomie
Herausgegeben und eingeleitet von
Professor Karl Diehl und
Professor Paul Wombert
Band XII:
Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus. II. Abteilung: Programmatische und programmatische Rundgebungen
Verlag G. Braun, Karlsruhe, Karlsruherstraße 14.

Bürgerl. Rechtspflege
a. Streitige Gerichtsbarkeit.
Konkursverfahren.
E. 561. Engen, über das Vermögen des Kaufmanns Otto Lang in Engen wird heute am 24. Nov. 1925, nachmittags 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da Gemeinschuldner zahlungsunfähig ist.
Der Rechtsanwalt Schweizer in Donaueschingen wird zum Konkursverwalter ernannt.
Konkursforderungen sind bis zum 30. Dezember 1925 bei dem Gericht anzumelden.
Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des Ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf
Samstag, den 16. Januar 1926, vormittags 10 Uhr, vor dem diesseitigen Gericht Termin anberaumt.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen für welche sie aus der Sache ab-

geforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 30. Dezember 1925 Anzeige zu machen.
Engen, 24. Nov. 1925.
Amtsgericht
Verichtsschreiber.

Verf. Bekanntmachungen
Jagd-Verpachtung
Die Gemeinde Rohrbach A. Donaueschingen verpachtet am Samstag, den 5. Dezember ds. J., nachmittags 3 Uhr, auf dem Rathaus den 904 ha umfassenden Gemeindejagdbezirk ab 1. Februar 1926 auf weitere 6 Jahre in öffentlicher Versteigerung.
Als Bieter wird nur zugelassen, wer im Besitze eines Jagdpasses ist oder die persönliche Gewähr für Erteilung eines solchen bietet.
Bedingungen können auf dem Rathaus eingesehen werden.
Rohrbach, 25. Nov. 1925.
Der Gemeinderat.
Rudke.

Güterrechtsregister.
Achern. E. 560
Güterrechtsregistereintrag: Band II, S. 940. Das, Hermann, Handelsmann in Kappelrodeck, u. Sophie geb. Kronmeyer, Vertrag vom 10. November 1925, vollständige Gütertrennung.
Achern, 23. Nov. 1925.
Amtsgericht.

Güterrechtsregister.
Ettlingen. E. 562
Güterrechtsregistereintrag: Heilmann, Fritz, Bücherrevisor in Ettlingen u. Marie geb. Schenk, Vertrag vom 17. November 1925: Gütertrennung.
Ettlingen, 23. Nov. 1925.
Amtsgericht.

Rastatt. E. 565
Güterrechtsregistereintrag: Band II Seite 475: Maier, Franz, Landwirt, und Maria geb. Graf in Hügelsheim. Vertrag vom 22. Oktober 1925, Gütertrennung nach §§ 1428 ff. des BGB. 23. November 1925. Amtsgericht Rastatt.

Soziale Frauenschule Mannheim
Staatlich anerkannt mit staatlichen Prüfungen

- Abteilung: 2-jährige Frauenschule mit hauswirtschaftlicher und sozialer Ausbildung. Mindestalter 16-17 Jahre.
- Abteilung: 2-jährige Wohlfahrtsschule mit staatl. Prüfungen für Wohlfahrtspflegerinnen. Aufnahmebedingungen nach staatlicher Vorschrift.
- Abteilung: Fortbildungskurse für berufstätige Wohlfahrtspflegerinnen im Winter 1925/26.
- Abteilung: Staatlich genehmigter Nachschulungskurs zur Erlangung der staatlichen Anerkennung als Wohlfahrtspflegerin vom Januar bis Juni 1926.

Beginn des Schuljahres für Abteilung 1 und 2:
Schuljahr 1926

Anmeldungen und Auskunft mündlich oder schriftlich bei der Leitung der Sozialen Frauenschule, Diesterwegschule, Lindenhof, Meerfeldstraße 88, in den Tagen vom 1.-10. Dezember 1925.

Sprechstunden in dieser Zeit täglich außer Samstag von 12-1 Uhr vormittags und 4-5 Uhr nachm.

Die Leitung der Sozialen Frauenschule.

Nastatt. E. 568
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 476: Kühn, Eugen, Schmiedemeister, und Anna geb. Bullinger in Nastatt. Vertrag vom 4. November 1925, Gütertrennung nach §§ 1428 ff. des BGB. 23. Nov. 1925. Amtsgericht Nastatt.

Bereinsregister.
Wertheim. E. 573
Bereinsregistereintrag O. J. 20: Jugenbring Wertheim in Wertheim. Den 18. November 1925. Badisches Amtsgericht.

Badisches Landestheater
Samstag den 28. Nov. 1925
* C 9. 1001-1100.
Aufführung:
Tanz der Spröden
Ein Vorspiel oder Nachspiel von Monteverdi-Orff.
Musikal. Leitung: F. Wagner.
In Szene gesetzt von D. Krauß.
Amor: Haffnermann
Pluto: Dr. Bucherpfennig
Hierauf:
Neu einstudiert:
Ais und Galatea
Pastoral in einem Akt von Georg Friedrich Hädel.
Musikal. Leitung: F. Wagner.
In Szene gesetzt v. S. Graf.
Ais: Haffnermann
Polyphemus: Haffnermann
Zum Schluß:
Neu einstudiert:
Der Apotheker
Komische Oper in einem Akt von Joseph Haydn.
Musik. Leitung: F. Wagner.
In Szene gesetzt von D. Krauß.
Empfänger: Haffnermann
Wengonke: Haffnermann
Griffetta: Haffnermann
Polypino: Haffnermann
Anfang 7. Ende nach 10.
Sperre I 7.40 Markt.